Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9470**

14. Wahlperiode 14. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Götz, Gerda Hasselfeldt, Heinz Seiffert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/8593 –

Erschwernis von Erschließungsmaßnahmen durch Doppelbesteuerung verhindern

A. Problem

Nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU besteht die Gefahr einer doppelten Umsatzsteuerbelastung von Erschließungsmaßnahmen, wenn von privaten Unternehmen erschlossene Anlagen zum Zwecke der öffentlichen Widmung unentgeltlich auf die Gemeinde übertragen werden und damit eine Werklieferung im Sinne des Umsatzsteuergesetzes erfolge, denn der private Unternehmer sei gleichzeitig für die Leistungen gegenüber dem Grundstückseigentümer steuerpflichtig. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, diese doppelte Umsatzsteuerbelastung von Erschließungsmaßnahmen auszuschließen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS

C. Alternativen

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben darauf verwiesen, dass sich das von den Antragstellern erläuterte Problem mit dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 31. Mai 2002 erledigt habe.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/8593 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2002

Der Finanzausschuss

Christine Scheel
Vorsitzende

Horst Schild
Berichterstatter

Heinz Seiffert
Berichterstatter

Heidemarie Ehlert
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Horst Schild, Heinz Seiffert und Heidemarie Ehlert

1. Verfahrensablauf

Der Antrag „Erschwernis von Erschließungsmaßnahmen durch Doppelbesteuerung verhindern" – Drucksache 14/8593 – ist dem Finanzausschuss in der 237. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Mai 2002 zur federführenden Beratung sowie dem Innenausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Mitberatung überwiesen worden. Der Innenausschuss und der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen haben in ihren Sitzungen am 5. Juni 2002 zu der Vorlage votiert. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und der Finanzausschuss haben in ihren Sitzungen am 12. Juni 2002 über die Vorlage beraten.

2. Inhalt der Vorlage

Mit diesem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine doppelte Umsatzsteuerbelastung von Erschließungsmaßnahmen auszuschließen. Die Fraktion der CDU/CSU argumentiert, dass eine umsatzsteuerliche Doppelbelastung aufgrund eines Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen an die obersten Finanzbehörden der Länder vom 4. Dezember 2000 anfalle, wenn ein privates Erschließungsunternehmen, das nicht Eigentümer der zu erschließenden Fläche ist, die erschlossene Anlage nach Herstellung zum Zwecke der öffentlichen Widmung unentgeltlich auf die Gemeinde übertrage und außerdem über die Erschließung einen weiteren Vertrag mit dem Eigentümer des anliegenden Grundstücks schließe. In diesem Fall liege eine umsatzsteuerpflichtige Werklieferung an die Gemeinde vor, gleichzeitig sei das Erschließungsunternehmen aber auch für die Leistungen gegenüber dem Grundstückseigentümer steuerpflichtig. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, diese doppelte Umsatzsteuerbelastung von Erschließungsmaßnahmen auszuschließen, um dem Zweck der Novelle des Baugesetzbuchs von 1997, Erschließungsmaßnahmen zu beschleunigen und die Erschließungskosten zu senken, volle Geltung zu verschaffen.

3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS.

4. Ausschussempfehlung

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben bei der Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU im federführenden Finanzausschuss darauf verwiesen, dass sich das Problem, das die Antragsteller dargelegt haben, mit dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 31. Mai 2002 (Geschäftszeichen IV B 7 – S 7100 – 167/02) erledigt habe. Dieses Schreiben enthält zwei weitere Sachverhalte, bei denen ein zweifacher umsatzsteuerpflichtiger Leistungsaustausch vermieden wird, wenn entsprechend verfahren wird. Die **Fraktion der CDU/CSU** hat dennoch darauf bestanden, über den Antrag abzustimmen. Sie könne zurzeit nicht abschließend beurteilen, ob der geschilderte Sachverhalt durch das o. g. BMF-Schreiben zufriedenstellend geregelt sei.

Der Antrag „Erschwernis von Erschließungsmaßnahmen durch Doppelbesteuerung verhindern" – Drucksache 14/8593 – ist im **Finanzausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen von FDP und PDS abgelehnt worden.

Berlin, den 12. Juni 2002

Horst Schild Berichterstatter	**Heinz Seiffert** Berichterstatter	**Heidemarie Ehlert** Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333